



Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Vernehmlassungen
Eigerstrasse 65
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 6. März 2015

**Vernehmlassungsantwort
Bundesgesetz über das Schuldner- und das Zahlstellenprinzip bei
der Verrechnungssteuer**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen in diesem Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über das Schuldner- und das Zahlstellenprinzip bei der Verrechnungssteuer. Wir nehmen gerne dazu Stellung.

Allgemeine Beurteilung

Die SP Schweiz erachtet dieses Reformvorhaben, das durch den Wechsel vom Schuldner- zum Zahlstellenprinzip eine differenziertere steuerliche Behandlung abhängig von der Person des Investors oder der Investorin zulässt, als interessant. Sowohl eine Stärkung des schweizerischen Kapitalmarktes als auch des Sicherungszwecks der Verrechnungssteuer wird als sinnvoll beurteilt. Letzteres ist vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Ungleichbehandlung von inländischen und ausländischen Erträgen ein Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Entscheidend wird für die SP aber sein, dass sich diese Vorlage nicht durch falsche Annahmen oder ungenügende Abklärungen zu einer weiteren Steuerreform mit massiven Einnahmeausfällen entwickelt. Das gilt es insbesondere angesichts der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten als Folge der Unternehmenssteuerreform II zu beachten.

Daher sind aus Sicht der SP einmalige Mindereinnahmen von bis zu 1,7 Milliarden Franken sowie jährlich anfallende Mindereinnahmen von über 200 Millionen Franken wie sie im erläuternden Bericht

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

dargelegt werden schlicht nicht akzeptabel. Darauf zu hoffen, dass es durch die Belebung des Kapitalmarktes zu signifikanten Mehreinnahmen kommt, die aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht quantifizierbar sind, wird als politisch naiv und finanzpolitisch fahrlässig erachtet. Für die SP wird nur eine vollständig gegenfinanzierte Vorlage in Frage kommen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der SP unumgänglich, angesichts der verschiedenen bestehenden steuerpolitischen Bausteilen zuerst eine Gesamtbetrachtung aller relevanten Gesetzgebungsvorhaben mit Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zu präsentieren. Denn immerhin stehen mit der Einführung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA), der geplanten Verschärfung des Steuerstrafrechts sowie einschlägigen Artikeln im geplanten Finanzinstitutsgesetz (Artikel 11 zur Steuerkonformität) weitere entscheidende Weichenstellungen an.

Kommentare zur Vorlage

- Dass der Systemwechsel vorerst auf Erträge von Forderungsrechten (Obligationen etc.) beschränkt bleibt, ist angesichts der Unsicherheiten über Auswirkungen des Wechsels auf die Steuererträge berechtigt. Aus Sicht der SP müsste aber zumindest ins Auge gefasst werden, den Wechsel zum Zahlstellenprinzip auch bei den Erträgen aus inländischen Beteiligungsrechten wie Aktien zu einem späteren Zeitpunkt zu vollziehen. Im Sinne eines einfachen und transparenten Steuersystems drängt sich dieser Schritt auf.
- Die SP begrüsst die Meldeoption, wie sie für Personen mit Wohnsitz und Bankverbindung im Inland vorgesehen ist. Aus Sicht der SP ist es sowieso zwingend, zusammen mit der Umsetzung des automatischen Informationsaustausches in Steuersachen im Rahmen der OECD auf internationaler Ebene die Gleichbehandlung der in- und ausländischen Steuerbehörden sicherzustellen (siehe [Motion der Sozialdemokratischen Fraktion: 14.3511 Automatischer Informationsaustausch. Gleichbehandlung der Steuerbehörden im In- und Ausland](#)).
- Die SP heisst die Aufhebung der Ausnahmeregelung für Pflichtwandelanleihen und Anleihen mit Forderungsverzicht gemäss Bankengesetz Artikel 11 bis 13 gut. Diese temporäre Ausnahme hat ihren Zweck erfüllt und wird bzw. würde mit der Einführung des Zahlstellenprinzips hinfällig.
- Für die SP ist zentral, dass die Aufhebung der bisher geltenden Verrechnungssteuer auf Erträge von inländischen Obligationen für Investoren im Ausland mit der Einführung des automatischen Informationsaustausches zusammenfällt und insbesondere das künftige Abkommen mit der EU, welches das bestehende Zinsbesteuerungsabkommen ersetzen soll, entsprechend zeitlich koordiniert wird.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.

Christian Levrat
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Hostettler', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.

Stefan Hostettler
stv. Generalsekretär